



Schwarz auf Weiss aus Berlin

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss für Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Rheinberg, Schermbeck, Sonsbeck, Voerde, Wesel, Xanten



Ausgabe 43/2012

20. Januar 2012

Liebe Leserinnen und Leser,

zunächst einmal wünsche ich Ihnen von Herzen alles Gute für das Jahr 2012: Viel Gesundheit, Erfolg, Glück und Gottes Segen!

Nach meinem Aufenthalt fernab des hektischen deutschen Politikbetriebes in meinem philippinischen Dorf mit nur gelegentlichem Zugang zur deutschen Nachrichtenlandschaft fühlte ich mich bei meiner Rückkehr geradezu überrollt von der Wulff –Diskussion. Ich bin nicht wirklich traurig, dass ich zumindest zwei Wochen Dauerbeschallung in Talkshows zu diesem Thema verpasst habe. Frage: Was würden wir nur abends ohne all diese halbpolitischen Talkshows voller selbsternannter Experten und Aufklärer für all das, was Deutschland gerade bewegt oder auch nicht, tun?

Ich möchte nur soviel zum Thema sagen: Ich kann verstehen, dass der eine oder andere verstimmt, enttäuscht oder sogar wütend ist. Sicherlich ist auch das Krisenmanagement des Präsidenten nicht wirklich als gut zu bezeichnen.

Ich finde, wir haben derzeit dringende Probleme, und denen sollten wir uns nun wieder vorrangig zuwenden, sofern es keine weiteren erheblichen Anschuldigungen gegen den Präsidenten gibt.

Richtig gute Nachrichten gibt es aus der Wirtschaft zu vermelden: Mit drei Prozent Wachstum im letzten Jahr sind wir die wichtigste Wachstumslokomotive für den ganzen Kontinent geworden und stehen heute besser da, als vor der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Seit die Union regiert, hat sich die Arbeitslosigkeit halbiert und ein 20-Jahres-Tief erreicht. Kurz: Es geht bergauf. Möglich gemacht haben dies die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, die Wirtschaft, insbesondere unsere mittelständischen Unternehmen, gezielte Investitionen in die Zukunft, richtige Regelungen im Arbeitsmarkt und entschiedener Sparwille. Das ist

Grund zur Freude und zu berechtigtem Stolz.

Der Höhepunkt der Groteske für mich war diese Woche die aktuelle Stunde zum Thema Solidarität von LINKEN-Abgeordneten mit dem syrischen Präsidenten Assad. Sechs Bundestagsabgeordnete meiner „Lieblingspartei“ haben eine Erklärung unterschrieben, in der sie sich mit den Diktatoren aus Syrien und dem Iran solidarisch erklären und den Westen – vorneweg natürlich die USA und Israel – zu den wahren Urhebern der Massenmorde in Syrien machen.“ Ziel sei es, gezielt Bürgerkriege u.a. durch Sabotage- und Terrorattacken von eingeschleusten Spezialeinheiten in den Ländern zu entfachen, damit der Westen endlich einen Vorwand für die längst geplante Militäraktion hat.“ Diese Verbrüderung von Abgeordneten der Linkspartei mit den Terrorregimen ist so erbärmlich und skandalös, dass ich es kaum in Worte fassen kann. Assad ist für den Tod von mehr als 5.000 Demonstranten, die für Freiheit kämpften, verantwortlich und überzieht Syrien seit Monaten mit Blut. Der iranische Präsident Ahmadinedschad ist ein Tyrann gleichen Schlags. Das von der Mauerbau – Schießbefehl- Nachfolgepartei in keinerlei Hinsicht irgendetwas Vernünftiges zu erwarten ist, ist für mich nichts Neues. Aber Solidaritätsbekundungen mit Tyrannen und Mördern, die angeblich Opfer des Westens sind, ist selbst für die Linkspartei ein neuer Tiefpunkt. Während ich im Plenum saß und mir die geistigen Ergüsse der Linken, die man nur als absurd bis armselig bezeichnen kann, habe anhören müssen, war ich fassungslos darüber, wie man ernsthaft, solch abstruse Weltbilder, die so fernab von jeder Realität sind, entwickeln kann.

Mit herzlichen Grüßen



In dieser Ausgabe:

- Brief an die Leser
- Im Plenum
- Daten und Fakten
- Bildergalerie

Impressum:
Sabine Weiss MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227-77720
Telefax: 030/227-76720
E-Mail:
sabine.weiss@bundestag.de

Im Plenum

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler hat eine Regierungserklärung zum **Jahreswirtschaftsbericht 2012 der Bundesregierung** abgegeben.

In erster Lesung stand das **Zweite Gesetz zur Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes (Zweites Finanzmarktstabilisierungsgesetz)** zur Debatte an, mit dem der Finanzmarktstabilisierungsfonds für neue Anträge wieder geöffnet werden soll. Wir reaktivieren damit ein Instrument, das uns in der Finanzmarktkrise ab 2008 wertvolle Hilfe geleistet hat und nun helfen soll, neu entstehende Ansteckungsgefahren im Bankensektor abzufangen. Dabei wird das „Zweckgesellschaftsmodell“ erweitert, so dass es auch für Staatsanleihen Anwendung finden kann. Wie schon 2008 betragen der Garantierahmen 400 Mrd. Euro und die Kreditermächtigung 70 Mrd. Euro zuzüglich zehn Mrd. Euro mit Zustimmung des Haushaltsausschusses.

Der **Zweite Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ Medienkompetenz** wurde in dieser Woche verabschiedet. Der Zwischenbericht enthält die Bestandsaufnahme und die Handlungsempfehlungen der Projektgruppe „Medienkompetenz“. Diese sprechen sich für einen mobilen Computer für jeden Schüler aus, um dieses Lerninstrument endlich im Unterricht fest zu verankern und die Erarbeitung neuer Bildungskonzepte und Lehrmethoden anzustoßen

Die Bundesregierung hat uns in dieser Woche über das **Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit 2011** unterrichtet, das die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) seit 2008 jährlich vorlegt. Die Experten loben die Mehrausgaben für Bildung und Forschung, die Hightech-Strategie 2020, die Anstrengungen im Bereich der Elektromobilität, den Aufbau des Deutschlandstipendiums und die gezielte Förderung von innovativen Strukturen im Wissenschaftssystem etwa durch die Exzellenzinitiative. Kritik konzentriert sich auf die Bildungspolitik und damit stark auf den Verantwortungsbereich der Länder: Im Fokus stehen hier die zu hohe Zahl von Risikoschülern, die Entscheidung der Kulturministerkonferenz, die PISA-Länderauswertung nicht mehr durchzuführen, die zu starke soziale Selektivität bei Studienanfängern, die unzureichende Entwicklung in MINT-Studienfächern und die mangelnde Auslandsmobilität von Studierenden innerhalb der Bachelor-Phase.

In erster Lesung haben wir das **Gesetz zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften**, das die Liberalisierung des Fernbusverkehrs und die Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes und anderer Gesetze zur öffentlichen Finanzierung von Verkehrsleistungen an den europäischen Rechtsrahmen zum Gegenstand hat, beraten. Ein weiteres Ziel ist die Ausgestaltung des Genehmigungsverfahrens für eigenwirtschaftliche Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr.

Um das Sicherheitsniveau aller Verkehrsteilnehmer weiter zu steigern, wurden in den vergangenen zwei Jahren bereits erfolgreiche Maßnahmen auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit ergriffen. Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **Die Verkehrssicherheit in Deutschland weiter verbessern** fordern wir die Bundesregierung u.a. auf, den Einsatz von sogenannten „Alkolocks“ (elektronische atemalkoholsensitive Wegfahrsperrern) bei alkoholauffällig gewordenen Verkehrsteilnehmern zu prüfen, das freiwillige Tragen von Fahrradhelmen insbesondere bei Kindern zu fördern und die Verkehrssicherheit vor allem auf Landstraßen zu erhöhen. Außerdem muss zur Vorbeugung von Unfallgefahren der Einsatz von Rüttelstreifen auf Autobahnen intensiviert werden. Auch sollen Verbesserungsmöglichkeiten bei der Fahranfängervorbereitung und -ausbildung geprüft werden. Ziel ist es, nicht nur die Zahl der Verkehrstoten, sondern auch die der Schwerst- und Schwerverletzten zu senken.

Daten und Fakten

Zahl der Organspenden in Deutschland in 2011 gesunken. Die Zahl der Organspenden war trotz positiver Meinungsumfragen in der Bevölkerung im vergangenen Jahr rückläufig und fiel fast auf das Niveau von 2008 zurück. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 1.200 Organspenden durchgeführt – 96 weniger als im Jahr 2010. Die Zahl derjenigen, die nach ihrem Tod Organe gespendet haben, ist im Vergleich zum Vorjahr um 7,4 Prozent gesunken. Auch die Zahl der gespendeten Organe ging in Folge der bundesweit gesunkenen Organspenderrate zurück: Während im Jahr 2010 noch 4.205 Organe gespendet wurden, waren es 2011 mit 3.917 Organen knapp 7 Prozent weniger.

Ein Grund für den Rückgang könnte nach Einschätzung der Deutschen Stiftung Organtransplantation in einer Zunahme von Patientenverfügungen und einem vorzeitigen Therapieabbruch liegen. Derzeit müssen in neun von zehn Todesfällen die Angehörigen über die Organspende entscheiden, da der Verstorbene seinen Willen nicht dokumentiert hat.

(Quelle: Deutsche Stiftung Organtransplantation – DSO)

Energiekosten im Jahr 2011 deutlich gestiegen. Trotz rückläufiger Mineralölpreise zum Jahresende verteuerte sich die Energie im Vergleich zwischen Dezember 2011 und Dezember 2010 um 8 Prozent, darunter Mineralölprodukte um 8,1 Prozent (davon leichtes Heizöl plus 18,2 Prozent; Kraftstoffe plus 5,2 Prozent). Auch bei allen anderen Energieprodukten wurden im Dezember 2011 gegenüber Dezember 2010 deutliche Preiserhöhungen gemessen (z.B. Strom plus 6,9 Prozent; Gas plus 6,8 Prozent).
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Eindrücke vom Schulleben in der von meinem Verein neu gebauten Schule in Palapar Norte auf den Philippinen:



Sabine Weiss, Julia Hannemann und Antje Krüger
wünschen Ihnen ein gesundes, erfolgreiches und
glückliches Jahr 2012

